Frankenpost Kulmbach Stadtsteinach vom 28.10.2021

Frankenpost
Tageszeitung für Oberfranken

Autor: Jürgen Umlauft
Seite: 2
Ressort: H_LFPNP
Ausgabe: Frankenpost Stadt und Landkreis Kulmbach

Corona-Tests bleiben in Bayern kostenpflichtig

Ausgenommen bleiben Gruppen, die ohne eigenes Zutun getestet werden müssen. Die CSU appelliert, sich impfen zu lassen. Dies sei gelebte Solidarität. Jürgen Umlauft

In Bayern bleiben die Corona-Tests für die meisten Ungeimpften weiterhin kostenpflichtig. FDP, Grüne und AfD scheiterten im Landtag mit Dringlichkeitsanträgen, die Tests wegen der sich erneut zuspitzenden Infektionslage wieder kostenlos anzubieten. Die aktuelle Entwicklung zeige, dass die bisherige Durchimpfung der Gesellschaft nicht ausreiche, um zumindest vorübergehend auf kostenlose Tests verzichten zu können, sagte der FDP-Abgeordnete Dominik Spitzer. Es gebe eine „ethische Verpflichtung“, Kinder und ungeimpfte Erwachsene besser zu schützen und gleichzeitig das Infektionsgeschehen wieder in den Griff zu bekommen. Unabhängig davon müsse aber weiter intensiv für das Impfen geworben werden, betonte Spitzer.
Widerspruch kam von Beate Merk (CSU). Sich nicht impfen zu lassen, sei eine persönliche Entscheidung, da müsse der Staat das Geld für die Tests „nicht hinterhertragen“. Das einzig wirksame Mittel zur Überwindung der Pandemie sei das Impfen, und das sei kostenlos. „Wir lehnen es ab, dass der Staat mit der prall gefüllten Geldbörse diejenigen unterstützt, die das kostenlose Impfangebot nicht annehmen wollen“, sagte Merk. Impfen sei „gelebte gesellschaftliche Solidarität“. Ruth Waldmann (SPD) erinnerte daran, dass die Ausnahmen von der Kostenpflicht schon jetzt für viele Personengruppen weit gefasst seien. „Es ist großzügig an alle gedacht, die nichts dafür können, dass sie sich testen lassen müssen“, hob sie hervor. Für alle anderen sollte es bei der Kostenpflicht bleiben. Dagegen erklärte Christina Haubrich (Grüne), in der aktuellen Lage gehörten kostenlose Tests zu einer vorausschauenden Strategie der Pandemiebekämpfung. Die Kostenpflicht erhöhe die Schwelle zum Test. Die Folge sei, dass viele Infektionen unerkannt blieben. Letztlich gehe es mit Blick auf die steigenden Fallzahlen darum, wieder drastische Einschränkungen für alle zu verhindern. Ralf Stadler (AfD) sagte, man dürfe kein Geld dafür verlangen, „dass gesunde Bürger am öffentlichen Leben teilnehmen können“. Die Freien Wähler stimmten trotz Zweifeln an der Kostenpflicht für deren Beibehaltung. Man habe in der Koalition mit der CSU keine Mehrheit für die Wiedereinführung kostenloser Tests gefunden, erklärte Generalsekretärin Susann Enders.

Allgäuer Zeitung - Füssener Blatt vom 28.10.2021

Allgäuer Zeitung

Seite: 23
Ausgabe: Allgäuer Zeitung - Füssener Blatt

Volksbegehren scheitert auch in Füssen

Nötige Quote zur Abberufung des Landtags nicht erreicht

Füssen „Söder muss weg“ lautet das Schlagwort, mit dem Unterstützer eines Volksbegehrens in den vergangenen Wochen für eine Abberufung des bayerischen Landtags geworben hatten. Die Initiative wird unter anderem von der AfD und sogenannten Querdenkern unterstützt. Die zweiwöchige Eintragungsfrist dafür endete am gestrigen Mittwoch. Und auch wenn ein endgültiges Ergebnis noch nicht vorlag, zeichnete sich bereits klar ein Scheitern ab. So auch in Füssen. Dort hatten nach Angaben von Andreas Rösel aus der Verwaltung insgesamt 208 Bürger das Volksbegehren unterzeichnet. Das entspricht bei rund 8500 Stimmberechtigten einer Quote von knapp 2,4 Prozent. Nötig wären allerdings für einen Erfolg bayernweit 10,64 Prozent aller Stimmberechtigten.
Beobachtungen aus dem Rathaus zufolge waren auch in Füssen viele der Unterzeichner dem corona-skeptischen Spektrum zuzuordnen. Einzelne hätten laut Rösel aber auch die Zielrichtung des Volksbegehrens gar nicht verstanden. So glaubten einige Bürger mit ihrer Unterschrift den Landtag als Institution auflösen zu können. O-Ton: „Den braucht es doch nicht.“
Doch selbst bei einem Erfolg: Der Landtag als solches wäre natürlich geblieben, er wäre nur neu gewählt worden, erklärt Rösel. Nach dem zu erwartenden Scheitern des Volksbegehrens finden die Wahlen nun aller Voraussicht nach turnusgemäß 2023 statt. (sib)